

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 221

Sitzung: Mittwoch, 26.04.2017, 19:00 Uhr

Raum, Ort: Kulturpunkt West, Ludwig-Winter-Straße 4, 38120 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.03.2017
3. Mitteilungen
 - 3.1. Bezirksbürgermeister/in
 - 3.2. Verwaltung
4. Anträge
 - 4.1. W-LAN in allen öffentlichen Gebäuden in der Weststadt 17-04176
Antrag der SPD-Fraktion
 - 4.2. Die Weststadt braucht eine Feuerwehr 17-04331
Antrag der SPD-Fraktion, der BIBS-Fraktion und der Gruppe Grüne/Linke
 - 4.3. Neubau einer Feuerwehrrwache in der Weststadt 17-04352
Antrag der CDU-Fraktion
5. 17-04255 "Soziale Stadt - Donauviertel" - Vergabeverfahren
Quartiersmanagement und Sanierungsträger
-Vorlage wird nachgereicht-
6. Anfragen
 - 6.1. Massive Verunreinigungen des Emsviertels durch Hundekot und anderen Müll 17-04177
Anfrage der SPD-Fraktion
 - 6.2. Errichtung/Einrichtung einer Abbiegespur zur Elbestraße auf der 17-04292
Donaustraße/Donauknoten
Anfrage der Gruppe Grüne/Linke
 - 6.3. Umwandlung der Grundschule Ilmenaustraße in eine "offene 17-04330
Ganztagsschule" (OGS) nach Braunschweiger Modell
Anfrage der SPD-Fraktion

Braunschweig, den 19. April 2017

Absender:

SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221

TOP 4.1

17-04176

Antrag (öffentlich)

Betreff:

W-LAN in allen öffentlichen Gebäuden in der Weststadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.03.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Entscheidung)

26.04.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Es wird beantragt, die Möglichkeit zu prüfen, an allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen im Stadtbezirk Weststadt kostenloses W-LAN zur Verfügung zu stellen. Hierbei soll ggf. auf die vorhandene Infrastruktur zurückgegriffen werden.

Sachverhalt:

Mit der Einrichtung eines kostenlosen W-LAN in allen öffentlichen Gebäuden erhöht sich die Lebensqualität der Menschen in der Weststadt z. B. durch schnellere Erreichbarkeit deutlich.

gez.

Jörg Hitzmann
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Absender:

**SPD-Fraktion, BIBS-Fraktion u. Gruppe
Grüne/Linke im Stadtbezirksrat 221**

TOP 4.2

17-04331
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Die Weststadt braucht eine Feuerwehr

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Entscheidung)

26.04.2017

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:
Beschluss:**

1. Im Rahmen der Diskussion und Meinungsbildung zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans der Stadt Braunschweig wird dringend angeregt, den Standort für eine neue Wache der Berufsfeuerwehr zur Abdeckung des Bereiches Süd-West der Stadt Braunschweig nicht am Rande von Rünigen, sondern in der Weststadt selbst festzulegen.
2. Als möglicher Standort sollte der von der Bundesanstalt THW und der Johanniter-Unfall-Hilfe genutzte Bereich geprüft werden.
3. Der Stadtbezirksrat regt darüber hinaus an, für den Bereich der Weststadt den Aufbau einer (Freiwilligen) Ortsfeuerwehr anzustreben.

Sachverhalt:

Zu 1. In Broitzem, Leiferde und Rünigen gibt es „schlagkräftige“ Ortsfeuerwehren, die im Regelfall in der Lage sind, den Ersteinsatz – auch während der Tageszeit – sicherzustellen. Das auch einwohnermäßig größte „Gefahrenpotential“ ist in der Weststadt zu finden. Hier muss die Hilfsfrist am ehesten durch die Berufsfeuerwehr gewährleistet werden. Aufgrund der Baustruktur muss hier auch schnell eine Drehleiter als Höhenrettungsfahrzeug zur Verfügung stehen.

Zu 2. Durch die „Bündelung“ an diesem Standort würde ein „Rettungs- und Hilfeleistungszentrum“ mit entsprechendem Übungs- und Außengelände geschaffen. Auch der Autobahnanschluss an die A 391 ist hier optimal.

Zu 3. In der Stadt Wolfsburg ist es in kurzer Zeit gelungen, im Kernstadtbereich eine neue Freiwillige Feuerwehr aufzubauen. Das muss auch für die Weststadt als großem Braunschweiger Stadtteil mit mehr als 24 000 Einwohnern möglich sein. Auch wohnen in der Weststadt schon einige aktive Feuerwehrleute, die als Kern und Ausbilder in den Neuaufbau einer Freiwilligen Feuerwehr einbezogen werden könnten. Es besteht aber auch die Möglichkeit, die Maßnahmen zur Werbung von Einwohnern und Bürgern mit Migrationsgeschichte zur Mitwirkung in der Freiwilligen Feuerwehr in der Weststadt in besonderer Weise „anzugehen“.

gez.
Jörg Hitzmann
SPD-Fraktionsvors.

gez.
Tanja Bonnet
BIBS-Fraktionsvors.

gez.
Birgit Wieczorek
Grüne/Linke-Gruppenvors.

Anlage/n: keine

*Betreff:***Neubau einer Feuerwehrrache in der Weststadt***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

11.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Entscheidung)

26.04.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat 221 beschließt, dass der Neubau einer Feuerwehrrache der Berufsfeuerwehr im Süden bzw. Südwesten in der Weststadt realisiert wird.

Sachverhalt:

Die Weststadt, als Stadtteil mit den meisten Hochhäusern auf einem relativ kleinen Gebiet, hat inzwischen über 24.000 Einwohner und keine eigene, nicht einmal eine freiwillige Feuerwehr. Bei einem Feuer in solch einem höheren Haus besteht für viele Menschen Lebensgefahr und es muss schnell und effektiv gehandelt werden.

Doch laut Feuerwehrbedarfsplan besteht eine Unterversorgung von Teilen der Weststadt im Rahmen der Hilfsfristen. Die CDU-Fraktion beantragt deshalb, dass die Weststadt aufgrund dieser Besonderheiten beim Neubau einer Feuerwehrrache der Berufsfeuerwehr im Süden bzw. im Südwesten als Standort favorisiert wird.

gez.

Sandrine Bakoben
Fraktionsvorsitzende**Anlage/n:**

keine

Betreff:

**"Soziale Stadt - Donauviertel" - Vergabeverfahren
Quartiersmanagement und Sanierungsträger**

Organisationseinheit:

Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz

Datum:

19.04.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)	26.04.2017	Ö
Planungs- und Umweltausschuss (Vorberatung)	03.05.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	09.05.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.05.2017	Ö

Beschluss:

„Das Vergabeverfahren für die Beauftragung eines Büros für die Sanierungsträger- und Quartiersmanagementtätigkeiten wird gemäß Verwaltungsvorschlag durchgeführt.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aufgrund der Ergänzungen zu den Inhalten der im Rat beschlossenen Vorlagen 17603/15 (Bereitstellung städtischer Mittel), 16-02231 und 16-02231-01 (Organisationsstruktur).

Vergabeverfahren

Mit dem Beschluss der Vorlage 16-02231 und der dazugehörigen Ergänzungsvorlage 16-02231-01 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, die Durchführung des Fördergebietes „Donauviertel“ zu organisieren.

Wichtige Bausteine zur Abwicklung des Verfahrens sind das Quartiersmanagement (im Organigramm als „Kooperatives Stadtteilmanagement“ bezeichnet) und die kaufmännische Sanierungsbetreuung, die entgegen der bisherigen Darstellung nun durch einen Sanierungsträger erfolgen soll. Aufgrund des zu erwartenden Auftragswertes oberhalb des Schwellenwertes in Höhe von 209.000 EUR ist für die Büroauswahl ein europaweites Vergabeverfahren erforderlich. Zur Durchführung des Vergabeverfahrens wurde im Rahmen einer Freihändigen Vergabe bereits die Kanzlei bbt, Hannover, beauftragt.

Zur Vermeidung zusätzlicher Schnittstellen sollen die Leistungen des Quartiersmanagements und des Sanierungsträgers zusammen ausgeschrieben werden, um beide Leistungen von einem Büro durchführen zu lassen.

Kostenrahmen

Eine Quantifizierung der Kosten der Beauftragung des Sanierungsträgers für drei Jahre ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Hierzu muss das Ergebnis des Vergabeverfahrens abgewartet werden.

Die Kosten für das Quartiersmanagement und den Sanierungsträger sind förderfähig, der Sanierungsträgeranteil jedoch nur bis max. 6 % der gesamten förderfähigen Ausgaben. Der Anteil für das Quartiersmanagement wurde in dem Gesamtkostenrahmen von ca. 26,94 Mio. EUR bereits berücksichtigt. Da bislang von einer verwaltungsinternen Abwicklung der kaufmännischen Tätigkeiten ausgegangen wurde, sind die Kosten für den Sanierungsträger nicht in den Gesamtkosten enthalten. Der Gesamtkostenrahmen erhöht sich entsprechend der Höhe der Kosten für die Sanierungsträgertätigkeiten, sofern diese Mehrkosten nicht durch Einsparungen in der Maßnahmenabwicklung kompensiert werden können.

Es ist geplant, nach Auftragsvergabe bei veränderten Gesamtkosten einen erneuten Beschluss des Rates über das Gesamtkostenvolumen des Projektes einzuholen.

Finanzierung

Für das Projekt „Soziale Stadt – Donauviertel (4S.610039)“ sind im Haushaltsplan 2017 /IP 2016-2020 folgende Finanzraten eingeplant worden:

Gesamt -in Mio. €-	bis 2016 -in Mio. €-	2017 -in Mio. €-	2018 -in Mio. €-	2019 -in Mio. €-	2020 -in Mio. €-	2021 ff -in Mio. €-
16,51	2,31	2,25	1,95	1,65	1,65	6,70

Den Ausgaben des Projektes stehen entsprechende Fördergelder gegenüber, die ebenfalls im Haushalt mit einem Gesamtvolumen von rd. 10 Mio. € eingeplant worden sind. Zur Finanzierung der Beauftragung des Sanierungsträgers stehen in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung. Inwiefern eine Mittelaufstockung ab 2021 erforderlich ist, um alle geplanten Einzelmaßnahmen umsetzen zu können, ist noch nicht absehbar.

Rahmenbedingungen

Die Inhalte der Ausschreibungen werden zwischen den Dezernaten III und V, in Zusammenarbeit mit dem Verfahrensbetreuer abgestimmt. Die Aufgaben des Quartiersmanagements wurden in der Vorlage 16-02231 beschrieben. Die Aufgaben des Sanierungsträgers bestehen im Wesentlichen aus der kaufmännischen und förderrechtlichen Abwicklung, sofern diese Leistungen nicht von der Verwaltung erbracht werden. Dazu gehört auch das Führen eines Treuhandkontos.

Die Beauftragung ist zunächst befristet auf drei Jahre mit der Option auf anschließende Verlängerungen von voraussichtlich jeweils zwei Jahren.

Zeitraumen

Nach Zustimmung des Rates zu dieser Vorlage kann die EU-weite Bekanntmachung des Vergabeverfahrens umgehend erfolgen. Nach Abwicklung des formalen Teils wird das Vergabeverfahren durchgeführt und im Anschluss der Vergabevorschlag den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Eine Entscheidung über die Auftragsvergaben kann frühestens in den Gremiensitzungen im Oktober erfolgen, sofern es während des Vergabeverfahrens zu keinen Verzögerungen kommt.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit erhält diese Vorlage als Mitteilung außerhalb von Sitzungen. Da im Oktober bisher keine Sitzung dieses Fachausschusses vorgesehen ist, ist zu einem späteren Zeitpunkt noch zu entscheiden, wie seine Befassung mit dem Beschlussvorschlag zur Auftragsvergabe erfolgen soll.

Warnecke

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Massive Verunreinigungen des Emsviertels durch Hundekot und anderen Müll

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.03.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat 221 bittet die Verwaltung um Auskunft, wie der massiven Verunreinigung des Emsviertels u. a. durch Hundekot entgegengewirkt werden kann und stellt dazu folgende Fragen:

1. Ist der Verwaltung dieses geschilderte Problem bekannt?
2. Welche behördlichen Aktivitäten zur Prüfung der Art der Verschmutzung durch Hundekot, Müll, etc. in der Weststadt, speziell im Emsviertel, wurden vorgenommen?
3. Welche ordnungspolitischen Maßnahmen wurden in den letzten zwei Jahren gegen festgestellte Verunreiniger eingeleitet?

Es gibt in allen Vierteln der Weststadt einen steigenden Grad der Verunreinigung durch Hundekot, Müll etc. Viele Mitbürger aus dem Emsviertel, aber auch aus den anderen Vierteln verlangen immer lauter vom Ordnungsamt der Stadt Braunschweig konkrete, auch ordnungspolitische Maßnahmen, um der Vermüllung der Weststadt zu beugen.

gez.

Jörg Hitzmann
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

Fotos vom 13.03.2017

SPD - Fraktion im Bezirksrat Weststadt (221)



Anlagen:

Folgende Fotos entstanden am 13.03.2017 um 14.05 Uhr an der Münchenstr. Ecke Emsstr.



MIT KLAREN ANSICHTEN - GUTE AUSSICHTEN..... FÜR DIE WESTSTADT

Betreff:

Massive Verunreinigungen des Emsviertels durch Hundekot und anderen Müll

Organisationseinheit:

Dezernat II
32 Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Datum:

26.04.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 221 vom 13. März 2017 (17-04177) wird wie folgt Stellung genommen:

zu 1.

Eine erhöhte Zahl von Beschwerden oder ein besondere Häufung von Beschwerden aus dem Emsviertel ist bei der Verwaltung nicht bekannt.

Zu 2.

Eine Leerung der Abfallbehälter sowie ein Entfernen von Abfall auf Grünflächen im Zuständigkeitsbereich der Stadt wird zweimal pro Woche vom FB 67 durchgeführt. In Höhe Emsstraße 14 befindet sich eine sogenannte Hundestation.

Eine Überprüfung der Sauberkeit erfolgt durch den Zentralen Ordnungsdienst im Rahmen der allgemeinen Streifentätigkeit, gezielte Maßnahmen erfolgen nur bei Vorliegen konkreter Beschwerden. Vor dem Hintergrund der in der Anfrage dargestellten Situation wird der ZOD die Überwachung in diesem Bereich im Rahmen der personellen Möglichkeiten intensivieren.

Zu 3.

Da bisher noch keine Verunreiniger festgestellt wurden, konnten keine ordnungspolitischen Maßnahmen, insbesondere durch Einleitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren ergriffen werden.

Ruppert

Absender:

**Gruppe Grüne/Linke im Stadtbezirksrat
221**

TOP 6.2

17-04292
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Errichtung/Einrichtung einer Abbiegespur zur Elbestraße auf der
Donaustraße/Donauknoten**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

03.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Anwohner beklagen, dass sie beispielsweise von der Donaustraße kommend in Richtung Donauknoten fahren, rechts bleiben müssen in Richtung Emsstraße, um dann schließlich erst an der Kreuzung Emsstraße links abbiegen zu können, um wieder zurück Richtung Donauknoten, um zur Elbestraße zu gelangen. Auch das Abbiegen in die Traunstraße, dann über die Lichtenberger Straße zur Kreuzung Elbestraße ist keine gute Alternative. Beide Wege sind unserer Ansicht nach umständlich und zeitaufwändig.

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wäre es möglich, eine Abbiegespur zur Elbestraße auf der Donaustraße oder am Donauknoten einzurichten?
2. Falls nein, warum nicht?
3. Was kann die Verwaltung tun, um dieses Problem zu lösen?

gez.

Birgit Wieczorek
Gruppenvorsitzende

Anlage/n:

keine

Betreff:

Errichtung/Einrichtung einer Abbiegespur zur Elbestraße auf der Donaustraße/Donauknoten

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

26.04.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe Grüne/Linke vom 03.04.2017 wird wie folgt Stellung genommen:

Bislang lagen der Verwaltung keine Hinweise über die Notwendigkeit einer Linksabbiegerspur vor.

Die Einrichtung einer Linksabbiegerspur zur Elbestraße auf der Donaustraße und die dadurch notwendige Einrichtung einer neuen Gleisquerung wäre sehr kostenintensiv. Die Ermittlung der Kosten für die Errichtung einer Abbiegespur bedarf grundsätzlich einer Planung und verschiedener Voruntersuchungen und Klärungen. Nur in Kenntnis aller kostenrelevanten Daten ist eine qualifizierte Kostenauskunft und die Aussage, ob sich das Bauvorhaben überhaupt realisieren lässt, möglich. Derzeit liegen diese Voraussetzungen nicht vor.

Aufgrund möglicher Alternativrouten ist ein direkter Nutzen lediglich für Individualverkehr aus den Straßen Am Queckenberg, Möhlkamp, Im Wiesenkamp, Lechstraße und Donaustraße (nördlich der Isarstraße) erkennbar. Die durch eine Linksabbiegerspur einzusparende Weglänge beträgt ca. 250 m (bei angenommenen 30 km/h wären dies ca. 30 Sekunden Fahrzeit).

Die mögliche Zeitersparnis für den Verkehr aus den o. g. Straßen würde durch Wartezeiten an einer zusätzlich erforderlichen Lichtsignalanlage wieder aufgezehrt. Zudem würde es durch die erforderliche Lichtsignalanlage zu Beeinträchtigungen für sämtliche Fahrzeuge kommen, die den Donauknoten passieren.

Aus diesen Gründen sieht die Verwaltung keinen Handlungsbedarf.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:

Umwandlung der Grundschule Ilmenaustraße in eine "offene Ganztagschule" (OGS) nach Braunschweiger Modell

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.04.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Beantwortung)

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat 221 bittet die Verwaltung um Auskunft, wann mit einer möglichen Umwandlung der Grundschule Ilmenaustraße in eine „offene Ganztagschule“ nach Braunschweiger Modell zu rechnen ist und stellt folgende Fragen:

1. Liegt der Verwaltung ein Antrag der GS Ilmenaustraße zur Umwandlung vor?
2. Welche baulichen Maßnahmen müssten vor der Umwandlung noch erledigt werden?
3. Zu welchem Zeitpunkt könnte die OGS an der GS Ilmenaustraße starten?

Aufgrund mehrerer Anfragen aus der Weststadt an die SPD-Fraktion erscheint es sinnvoll, mit einer Umwandlung der GS Ilmenaustraße so zügig wie möglich zu beginnen, da auch durch die Einrichtung von weiteren OGS-Plätzen in der Weststadt vorhandene Hortplätze in KITA-Plätze umgewandelt werden könnten.

gez.

Jörg Hitzmann
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

keine

Betreff:

Umwandlung der Grundschule Ilmenaustraße in eine "offene Ganztagschule" (OGS) nach Braunschweiger Modell

Organisationseinheit:

Dezernat V
40 Fachbereich Schule

Datum:

26.04.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

26.04.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 221 – Weststadt vom 7. April 2017 (Ds 17-04330) wird wie folgt Stellung genommen:

Zu 1.

Ein Antrag der Grundschule Ilmenaustraße für die Einrichtung des teilgebundenen Ganztagsbetriebs liegt seit dem 3. Juni 2013 vor. Am 23. August 2016 hat die Schule ihren Antrag dahingehend abgewandelt, dass sie die Einrichtung eines offenen Ganztagsbetriebs im Rahmen einer Umwandlung zu einer Kooperativen Ganztagsgrundschule nach dem Braunschweiger Modell zum 1. August 2018 anstrebt.

Zu 2.

Als Ganztagsinfrastruktur benötigt die Schule einen Freizeitbereich und eine Mensa mit Küche. Es ist geplant, den Freizeitbereich im Bestandsgebäude und die Einrichtung einer Mensa mit Küche in einem Erweiterungsbau zu realisieren. Das notwendige Raumprogramm soll nach den Sommerferien 2017 im Stadtbezirksrat 221 – Weststadt und im Schulausschuss beraten und im Verwaltungsausschuss beschlossen werden.

Zu 3.

Unter der Voraussetzung der Realisierung der Ganztagsinfrastruktur könnte die Schule mit dem Ganztagsbetrieb frühestens mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 starten.

Bender

Anlage/n:

keine